

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 3 mal täglich, auch Sonntag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger und andere Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Postgebühr. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Berlin, Schriftleitung und Hauptredaktion: Wiesbaden, Kilslandstr. 11. Fernruf Nr. 5015, 5016, 5017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 25 Pf., Restlandteile 1.— Pf.; außerhalb 30 Pf., Restlandteile 1.50 M. Gelddruckerei u. Nebstamt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 569

Donnerstag, 7. November 1918.

72. Jahrgang.

Sicherung der Südgrenzen Deutschlands.

Ämtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 7. Nov. (Ämtlich.)

Westlicher Kriegsjahrgang.

Nordöstlich von Dudenarde stehen Franzosen über die Schelde. Im Gesenangriff waren wir sie zurück. Zwischen Schelde und Duse suchte der Feind die planmäßige Fortführung unserer am 4. November eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt dieser Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes, südlich der nach Mons führenden Straße, bei Bavai und bei Aulnoye an der Sambre. In schweren, wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind kam am Abend bei Dusevain, am Uferstrand von Bavai — östlich von Aulnoye — westlich von Capelle.

Zwischen der Duse und der Aisne hat der Feind die Linie Verwin — Rozoy erreicht. Weiter östlich von Reffel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Bassigny — Novion — Porcien und nördlich von Courteron. Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Venesbre und Roucy.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachten den Feind an den Waldungen östlich Muroaux und Fontaines zum Stehen. Westlich von Siroy hat die bewährte brandenburgische 28. Infanterie-Division ihre Stellungen voll behauptet.

Der 1. Generalquartiermeister: Gröner.

Deutschlands Südgrenzen gesichert!

München, 6. Nov. (Wolff-Tele.)

Der Kriegsminister erteilt folgenden Aufsat:

Die Waffenstillstandsbedingungen, die unseren bisherigen überreichlichen Verbündeten auferlegt wurden, erkennen dem Feinde die Möglichkeit, um're südliche und östliche Grenze militärisch zu bedrohen. Das bayerische Volk, das in diesem Kriege einen bewundernswerten Opfermut zeigte, kann auch dieser Möglichkeit zuversichtlich entgegensehen. Zur Verunruhigung liegt kein Anlaß vor. Vorkehrungen für den Schutz der Heimat sind getroffen worden und im Gange. Die Bevölkerung darf das höchste Vertrauen haben, daß sie rücksichtslos unterstützt wird, falls wider Erwarten eine unmittelbare Gefährdung des Landes eintreten sollte. Deshalb Ruhe und Zuversicht! gen.: Hellingraß, General der Kavallerie, Kriegsminister.

Sofortige Entlassung der Jahrgänge 70 und 71.

Berlin, 7. Nov. (Wolff-Tele.)

Die wir vom Kriegsminister hören, sind Anordnungen getroffen worden, daß die Jahrgänge 1870—71, soweit sie nicht an Kampfhandlungen beteiligt sind, unverzüglich in die Heimat zurückgezogen werden.

Gefangenenaustausch mit Frankreich.

Wie vor einiger Zeit in der Presse mitgeteilt wurde, ist der Austausch der mehr als 18 Monate in Kriegsgefangenschaft lebenden deutschen und französischen Weereangehörigen am 15. Oktober wieder aufgenommen worden. Zur Verhütung der Ansteckung, welche die Rückkehr der Wehren mit begreiflicher Ungeduld erwarten, sei gesagt, daß der Austausch sich regelmäßig vollzieht. In jeder Woche treffen zwei Züge mit rund 1500 deutschen Kriegsgefangenen, Unteroffizieren und Mannschaften, in Deutschland ein. Deutscherseits geschieht selbstverständlich alles, um, trotz der Grippe und in den Kriegsverhältnissen begründeten Schwierigkeiten, den ruhigen Ablauf des Austausches zu sichern. Der nächste Offizierstransport wird etwa Mitte November in der Schweiz eintreffen.

Ein englisches Patrouillenschiff gesunken.

London, 6. Nov. (Wolff-Tele.)

Neuter meldet ämtlich: Ein britisches Patrouillenschiff ist am 4. November infolge eines Zusammenstoßes gesunken. Keine Verluste.

Wendung in Polen.

Bestrebungen zur Gründung einer Volksrepublik.

Warschau, 6. Nov. (Wolff-Tele.)

Die Morgenblätter berichten von einer politischen Wendung in Polen. Mit dem Einzug in Warschau würde gestern ein Direktorat der polnischen Volksrepublik gebildet, zu dem Vertreter der polnischen Sozialdemokraten und der Volksparteien des Königreichs Polen und Galizien gehören. Diese haben die Aufgabe, baldmöglichst eine demokratische Volksregierung ins Leben zu rufen. Die Warschauer „Nowo Gazeo“ ist heute zum erstenmal nach ihrer Schließung wieder erschienen. Die gesamte Warschauer Presse erklärte, daß sie sich dem Direktorat unterstelle. Die Linke nahm in anbetrachtl dessen von jeglicher Unterordnung mit dem Regimentsrat Abstand. Alle Blätter enthalten die Vermutung des Rücktritts des Regimentsrats. Die Nachrichten sind in dieser anscheinend abgeschlossenen Form, wie man an ämtlichen Stellen versichert, noch als verstreut zu erachten. Der Regimentsrat befaßt sich mit diesen Strömungen, die durch seine Entschlüsse in legale Bahnen gelenkt werden dürften.

ein Direktorat der polnischen Volksrepublik gebildet, zu dem Vertreter der polnischen Sozialdemokraten und der Volksparteien des Königreichs Polen und Galizien gehören. Diese haben die Aufgabe, baldmöglichst eine demokratische Volksregierung ins Leben zu rufen. Die Warschauer „Nowo Gazeo“ ist heute zum erstenmal nach ihrer Schließung wieder erschienen. Die gesamte Warschauer Presse erklärte, daß sie sich dem Direktorat unterstelle. Die Linke nahm in anbetrachtl dessen von jeglicher Unterordnung mit dem Regimentsrat Abstand. Alle Blätter enthalten die Vermutung des Rücktritts des Regimentsrats. Die Nachrichten sind in dieser anscheinend abgeschlossenen Form, wie man an ämtlichen Stellen versichert, noch als verstreut zu erachten. Der Regimentsrat befaßt sich mit diesen Strömungen, die durch seine Entschlüsse in legale Bahnen gelenkt werden dürften.

Berlin, 7. Nov. (T.-U.-Tel.)

Nachdem der polnische Regimentsrat das Ministerium Swieczynski, das die Volksrepublik proklamiert hat, entlassen hat, ist er mit der Bildung eines neuen Ministeriums bemüht. Die an die deutsche Regierung gerichtete Note Swieczynski, die bis zum 15. November die Uebernahme der gesamten Verwaltung an die polnische Regierung forderte, ist somit gegenstandslos geworden. Trotzdem fährt die deutsche Regierung damit fort, den Verwaltungsapparat ämtlich in die Hände der Polen zu überführen.

Der abgejagte Staatskass.

Washington, 7. Nov. (Wolff-Tele., drahtlos.)

Der Direktor des russischen Informationsbureaus wurde durch die russische Botschaft ermächtigt, zu erklären, daß die 800 Millionen russischen Goldes, die die Bolschewiken in Petersburg an sich genommen hatten, durch die Regierung von Omsk in Sicherheit gebracht worden sind. Das Geld stellt zwei Drittel der Reserve des russischen Staatskassens am Ende des Jahres 1917 dar, als die Bolschewiken in Petersburg die Herrschaft erlangten. Die Bolschewiken schickten es erst nach Kajan und später nach Astrachan. Die Agenten der Regierung in Omsk bemächtigten sich des Goldes und brachten es nach Omsk.

Auf dem Wege zum Waffenstillstand.

Berlin, 7. Nov. (Privat-Tele. ab.)

Die Kommission, welche sich gestern zu den Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Westen begeben hat, setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Staatssekretär Erzberger, General von Gündell, Graf Oberndorff, General von Winterfeld und Kapitän Wanseloe.

Wie der „Volks-Anz.“ mittelt, liegt die Führung der deutschen Kommission beim General Gündell. Der Auftrag der Kommission lautet zunächst nur auf Abschluß des Waffenstillstandes; man scheint aber in hiesigen maßgebenden Stellen anzunehmen, daß sich an ihn Verhandlungen über den Friedensschluß unmittelbar anschließen dürften.

Clemenceau zur „Verabingung“ bereit.

S. Genl., 7. Nov. (Via. Tel. ab.)

Der „Temps“ berichtet über die letzte Sitzung der Versailler Alliiertenkonferenz: Clemenceau hielt die Schlußansprache; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die festgelegten Waffenstillstands- und Friedensbedingungen ein ferneres Zusammenarbeiten der europäischen Mächte einschließen, der jetzigen Gegner herbeiführen werden. Frankreich sei entschlossen, zu vergeben, wenn der Friede ihm Gerechtigkeit und Genugtuung bringe.

Ein Zwischenfall in Versailles.

Genl., 7. Nov.

In einer der letzten Sitzungen des Kriegsrates der Entente ereignete sich ein charakteristischer Zwischenfall. Bei der lebhaften Beratung wies Oberst Douss daraus hin, daß die Entente ohne Hilfe Amerikas nicht in der Lage sei, den Sieg zu sichern. Selbst unter den jetzigen Umständen kann die deutsche Armee, wenn sie es nur mit Frankreich zu tun hätte, die französische Armee in einigen Wochen zerstören. Daran erwiderte der Vertreter Frankreichs, die Lage habe sich durch die Kapitulation Oesterreichs insofern geändert, als die Entente nicht mehr auf Amerika angewiesen sei, da Italien die Möglichkeit einer Aktion gegen Deutschland habe. Dieser Zwischenfall wird lebhaft besprochen.

Die Kriegsentwädigung.

Genl., 7. Nov. (T.-U.-Tel.)

Die „Morningspost“ erzählt, daß die Alliierten Deutschland den Vorschlag machen werden, einen Teil der Kriegsentwädigung in Naturalien einzurichten. Die Kohlenbergwerke Westfalens und der Rheinprovinz sollen ihre Produkte nach Italien schicken. Eine militärische Besetzung feindlichen Gebiets solle die Ausführung der „Kriegsentwädigung“ garantieren.

Clemenceau über den Frieden.

Paris, 6. Nov. (Wolff-Tele.)

In der Kammer begrüßte Präsident Deschanel die hegreiche Entwicklung der Sache der Alliierten. An ihn schloß sich Pichon an und erklärte, Italien sähe seinen Einheitsraum durch die Eroberung der Terra irredenta verwirklicht. Frankreich werde seine nationale Integrität wieder sichern ebenso wie die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten. Clemenceau verlas die Waffenstillstandsbedingungen mit Oesterreich. (Anbauender Beifall.) Der Redner machte Mitteilungen von den Ergebnissen des Interalliierten Rates von Versailles und sagte, daß dem Kaiser von Deutschland die unumgänglichen Stützen zur Fortsetzung des Krieges fehlten. Der Oberste Rat von Versailles stellte die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland fest. Es wird genügen, daß Deutschland sich an Hoch wendet. (Beifall.) Der Geist, in welchem dieses letzte Dokument verfaßt ist, ist derselbe wie derjenige, dem die drei anderen entsprungen sind. (Anhaltender Beifall.) Die Bedingungen wurden aus von Wilson selbst empfohlen. Für den Fall, daß die Feindesparteien wieder aufgenommen würden, sei der Zweck der Entwaffnung des Feindes, soweit sie notwendig sein würde, im Falle bösen Willens oder des Vorbruchs des Feindes, die Wiederaufnahme der Feindesparteien zu verhindern. (Beifall.) Clemenceau fügte hinzu, daß es ihm unendlich sei, ihm, der als letzter Unterzeichner des Protokolls von Bordeaux, gegen die Abschaffung des Waffenstillstands übrig geblieben sei die ganze Kammer erbebt sich und bricht in Beifall aus, daß es ihm unendlich sei, in der Stunde, wo der Friede, der vielleicht nicht so nahe sei, wie manche unter Ihnen glaubten, der aber von jeht an sicher sei, nicht denjenigen zu hinterlassen, die ihn angeregt hätten, und die ungeheure nationale Anspannung fortgeführt hätten, die sich in diesem Augenblick erfüllte, wie Gambetta, der bei Verdun der französischen Heeresgruppe war, dere mit Clemenceau in Bordeaux für die Fortsetzung des Krieges stimmte, der fünfzig Jahre hindurch nicht aufhörte. Clemenceau lud das Parlament ein, seine neuen Pflichten nach dem Kriege ins Auge zu fassen. Wir wollen den Krieg, sagte er, für einen Frieden der Gerechtigkeit und des Rechts mit den notwendigen Härtschaften. Wenn man die Strecknisse erleben hat, die von den Deutschen in unseren von ihrem Einfluß betroffenen Gebieten begangen wurden, ist es möglich, diese Härtschaften nicht zu fordern. Die Menschheit wäre ihnen angedeckt, wenn sie solche Gruel nochmals erleben sollte. Das wollen wir nicht. (Beifall.) Clemenceau ging näher auf die Pflichten nach dem Kriege ein. Nachdem wir uns des Krieges würdig gezeigt haben, sagte er, müssen wir uns auch des Friedens würdig zeigen. Aus unseren Verbündeten haben wir uns unbillige Freunde gemacht. Wir haben uns Freunde aus unseren alten Feinden den Engländern gemacht. Sie wurden auf den Schlachtfeldern in Frankreich und Flandern verrichten. (Beifall.) Pichon und Deschanel haben gesagt, was wir Italiener, Serben und der jungen von uns befreiten Völkern zu sagen haben. Ich spreche nicht von den Vereinigten Staaten, die alte Freunde sind. Die wir schon kannten und die wir lieblich wiedergefunden haben. Dem Bündnis im Kriege muß ein unerwarteter Wendepunkt im Frieden folgen. (Beifall.) Die Völker haben begriffen, daß sie alle solidarisch sind. Den Krieg haben wir schon gewonnen, vielleicht werden wir auch am Ende des Krieges noch einige Zeit warten müssen, aber das gesamte Geschick unserer Völker ist festgelegt. Clemenceau rief alle Franzosen zur Einheit im Frieden wie im Kriege auf. Es ist unser Ruhm, sagte er, ein ideales Volk zu sein. Frankreich stellt die ideale Auffassung dar. Es führt den Kern der Gerechtigkeit. (Anhaltender Beifall.) Der öffentliche Aufschlag der Rede wurde beschlossen.

Forderungen der deutschen Sozialdemokratie.

Berlin, 7. Nov. (Via. Tel. ab.)

Die Reichstagsfraktion und der Parteianführer der Reichstagssozialdemokraten haben, dem „Vorwärts“ zufolge, gestern in gemeinsamer Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

„Fraktion und Parteianführer fordern, daß der Waffenstillstand ohne jeden Versuch durchgeföhrt wird. Die Fraktion und der Parteianführer fordern weiter die Annahme für militärische Vergehen und Straffreiheit für Mannschaften, die sich gegen die Disziplin veranlassen haben. Sie fordern die unverzügliche Demokratisierung der Regierung, sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten. Die Reichstagsfraktion und der Parteianführer beantragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß Fraktion und Parteianführer den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage erwarten.“

Für den Kaiser und die Monarchie

nahm der Hauptauschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands loben in einer Eingabe an den Reichskanzler Stellung. In dieser Eingabe

wird auf die ungeheuren Gefahren hingewiesen, die darin liegen, daß die linksstehende Presse in herbeider Weise unverhüllt die Abdankung des Kaisers fordert. Mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes bekennt sich auch die wirtschaftsrechtliche nationale Arbeiterbewegung unbedeutend zur Monarchie. Gerade bei dem jetzigen Ernst der Lage hält die wirtschaftsrechtliche Arbeiterbewegung es für den verhängnisvollsten Fehler, der begangen werden könnte, wenn der Kaiser jetzt zu seinem Rücktritt veranlaßt oder sich auch freiwillig dazu entschließen würde. Denn ohne Zweifel würden die radikalen Kreise sofort versuchen, den Thronwechsel zu einem Umsturz der monarchischen Staatsverfassung überhaupt zu benutzen. Die politische Lage im Innern würde noch verworrener werden und blutige Unruhen würden die unausbleibliche Folge sein. Gerade die Erfahrung in anderen Ländern hat gelehrt, daß für die Arbeiterklasse und die werktätigen Stände die konstitutionelle Monarchie die bewährteste Staatsverfassung sei.

Die unruhige Wassertante.

Berlin 6. Nov. (Wolff-Tele.)

Neben die Lage in Kiel erfahren wir von zuständigen Stellen folgendes:

Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist infolgedessen hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsfahne. Die Bewachung unter den Rotkroen und Arbeitern ist in ruhigeren Bahnen zurückgekehrt. Die Mannschaften der Marine bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es folgt allmählich allgemeine Abschiebung der Waffen. Privathäuser und Geschäfte bleiben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbedrängt. Die Banken sind fast alle in Betrieb. Die Versorgung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung ist bisher nicht gefährdet. Die Betriebe sind noch im Ausmaß der Bevölkerung in ruhm. In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeit und gewalttätigen Uebergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privatgewalt nicht beachtet oder angefaßt worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Tschechische Gewalttaten in Brünn.

Brünn, 6. Nov. (Wolff-Tele.)

Der „Tagesbote“ veröffentlicht einen von dem Gemeinderat Brünn sowie von dem deutschen Nationalrat in Brünn unterzeichneten Aufruf, in dem erklärt wird, daß die Mitglieder des Gemeinderates im Einvernehmen mit der Brünn-er deutsch-nationalen Regierung beschlossen haben, ihre Mandate niederzulegen. Dieser schwerwiegende Entschluß wird damit begründet, daß sich die Verhältnisse in Brünn derart in den letzten Tagen zuspitzten, daß die Stadtverwaltung nicht mehr auf die ruhige Erfüllung ihrer Aufgaben denken konnte. In den von dem tschechischen Nationalrat am Sonntag eingeleiteten Verhandlungen wegen Uebergabe der Stadtverwaltung an die tschechische Regierung wurden den deutschen Vertretern unerhörte und demütigende Bedingungen gestellt und später erklärt, daß sich die tschechischen Vertreter auf weitere Verhandlungen nicht einlassen. Der Fortbestand der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung wird von der tschechischen Bevölkerung als eine Herausforderung empfunden und für Ruhe und Ordnung länder nicht verträglich. Auch dürften die Deutschen in Brünn beim Fortbestand der gegenwärtigen Gemeindevertretung nicht mit Lebensmitteln versorgt werden können. Insbesondere am selben Tag eine Volksmenge in das Rathaus ein, wobei die Organe der Stadtverwaltung aufs schwerste bedrängt wurden. Seitdem waren die Straßen um das Rathaus der Schauplatz häßlicher Kundgebungen. Anschluß dieser Sachlage glaubten die Mitglieder des Gemeinderats, der Gewalt weichen zu sollen, um die deutsche Bevölkerung vor der Ausgrenzung zu bewahren und eine Gefährdung ihres Lebens und Eigentums zu verhindern. Die offizielle Uebergabe der Stadt fand heute vormittag statt. Zum Regierungskommissar wurde der bisherige Leiter der Bezirkshauptmannschaft von Prezan, Sternbauer von Ehrenfeld, ernannt.

Dom österreichischen Kaiserhauses.

Wien, 7. Nov. (Z.M.-Tele.)

Trotz Dementi erhält sich hier das Gerücht, Königin Rita sei auf der Reise nach dem Genfer See in Schloss Vevey in der Schweiz eingetroffen. Graf Berchtold weilt in Wien, wahrscheinlich um Vorbereitungen für den Aufenthalt Kaiser Karls zu treffen.

Kurze politische Nachrichten.

Systemwechsel in Weimar.

Das gesamte Ministerium trat zurück. Der Großherzog hat die Demission angenommen und beauftragte die Minister mit der Weiterführung der Geschäfte bis zu den Neuwahlen. Es soll dann ein Ministerium aus Volksvertretern gebildet werden.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 7. November.

Bäderbahn. Aus Bad Homburg wird uns geschrieben: Die am 1. Oktober nach vierjähriger Ruhepause wieder eröffnete Strecke der Bäderbahn von Homburg nach Höchst durch vier Personenzüge täglich in jeder Richtung wird von Reisenden so wenig benutzt, daß sich die Fahrten kaum lohnen. Die Frankfurter Eisenbahndirektion will deshalb, wenn die Benutzung dieser Abzweigung nicht besser wird, die Fahrten wieder einstellen lassen. Das war eigentlich vorzuziehen. Denn der wieder geschaffene Zugverkehr zwischen Höchst und Homburg hatte eigentlich nichts mit der früheren sogenannten Bäderbahn gemein. Was man unter den „Bäderzügen“ verstand, waren die Schnellzüge, die zwischen Wiesbaden und Berlin über Homburg und Raubheim unter Umgehung von Frankfurt verkehrten und die mit Ausbruch des Krieges eingestellt wurden. Für diese war der seit dem 1. Oktober eingerichtete Personenzugverkehr Höchst-Homburg nur ein mangelhafter Ersatz. Für Wiesbaden kam er überhaupt kaum in Betracht, weil der damit verbundene einständige oder anderthalbstündige Aufenthalt in Höchst nicht geru in Kauf genommen wurde. Da fuhr man denn schon lieber gleich über Frankfurt. Es liegt also nicht am Publikum, wenn die Züge so schwach benutzt werden, sondern hauptsächlich an der unzureichenden Einrichtung des Fahrplans, der auf die Anschlußfrage zu wenig Rücksicht nimmt. Und außerdem dürfte die Wiedereröffnung der Bäderbahn, wenn man von einer solchen sprechen darf, selbst sehr wenig bekannt gewesen sein.
Wartzeit für die Altersrente. Eine für die Altersrentner bedeutungsvolle grundsätzliche Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt in einem Revisionsurteil ge-

fällt. Danach beträgt, trotz Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre, die Wartzeit für die Altersrente gemäß der Reichsversicherungsordnung nach wie vor 1200 Beitragswochen. Durch das Gesetz über Renten in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1918, durch das die Altersgrenze für die Altersrente vom vollendeten 70. auf das vollendete 65. Lebensjahr herabgesetzt worden ist, ist die Wartzeit für die Altersrente nicht berührt worden. Das Gesetz selbst kennt keine Vorschrift über die Herabsetzung der Wartzeit von 1200 Beitragswochen auf eine kürzere Beitragszeit. Auch die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes läßt klar erkennen, daß der Gesetzgeber, trotz der Herabsetzung der Altersgrenze, eine Kürzung der Wartzeit nicht beabsichtigt hat.

Wieder ein Einbruch. In einer der letzten Nächte wurde in ein Landhaus hier eingebrochen. Der oder die Eindrehler sind durch ein Fenster in den Kellerraum eingestiegen und so in das Innere des Hauses gelangt. Gestohlen wurde hauptsächlich Tischwäsche, unter anderem Decken aus Damast mit Hochstaum, ferner ein kleiner, grün überzogener, mit Messing- und Eisenbeschlägen versehener gewählter Koffer, etwa 60 Zentimeter lang. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt ungefähr 1000 Mark.

Standesamtsnachrichten vom 7. November. Sterbefälle: Am 4. November: Julius Grauff, Invalid, 74 J.; Alie Stehr, Seimeleiterin, 90 Jahre; am 5. November: Friedrich Niebler, Lehrer, 45 Jahre; Frau Helene Geisel geb. Gumb, 56 Jahre; Alexander Goff, ohne Beruf, 54 Jahre; Marie Dietzke, Fabrikarbeiterin, 16 Jahre; Luise Wiegand, Wäscherin, 62 Jahre; Anton Krid, Gärtner, 72 Jahre; Frau Margareta Hellwig geb. Hamann, 85 Jahre; Frau Anna Springer geb. Staudt, 56 Jahre.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge, usw.

Studentische Volksunterrichtskurse. Der nächste Vortrag findet am Sonntag, den 10. ds. Mts., abends 8 Uhr, in der städt. Oberrealschule (Zickering) statt. Herr Bezirksfeldwebel B. Steindorf wird über „Die Anstellung der Kriegsbeschädigten mit oder ohne Anstellungschein“ sprechen.

Aus den Vororten.

Bierstadt.

Vollstunde. Die seit einer Woche hier aufgemachte Vollstunde erweist sich lebhaften Zuspruchs. Innerhalb der Woche ist die Zahl der teilnehmenden Kinder von 126 auf 198 gestiegen.

Schieferstein.

Geländet wurde in der Nähe der Rheinbrücke die Leiche einer jungen Frau aus Biebrich, die in einem Schwermuttsanfall in den Rhein gegangen war.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

— Mainz-Nombach, 7. Nov. Sein goldenes Lehrerjubiläum feiert am Sonntag, den 9. ds. Mts., Lehrer Gemmeis von hier. Der wackere Lehrerveteran waltet noch heute mit seltener Energie seines Amtes.
h. Frankfurt a. M., 7. Nov. Auf Anordnung des kgl. Generalkommandos des 18. A.-K. ist für die Orte Bad Homburg, Kronberg, Königstein, Soden, Bad Nauheim und Friedberg die verächtlichste Meldepflicht eingeführt worden.
h. Bad Homburg n. d. G., 7. Nov. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß die Anstellung einer städtischen Jugendfürsorgerin zum 1. April 1919. — Für den zu besetzenden Posten eines Stadtkapitales haben sich 79 Bewerber gemeldet, darunter die Träger von bedeutenden Namen.
— Aus Rheinfelden, 7. Nov. Die Grippe ist gegenwärtig in ganz Rheinfelden im Annehmen begriffen. Die Zahl der Todesfälle ist sehr erheblich zurückgegangen und die Krankefälle werden seltener.
s. Hoppard, 7. Nov. Auch unsere Gemeinde hat sich zur Herausgabe von Notgeld entschlossen. Es sollen je 2000 Stück fünf- und Rechenmünzstücke und 15000 Stück fünfzigmünzstücke herausgegeben werden.
Fu. Oberlahnstein, 7. Nov. Seine Frau unglücklich erweise erschossen hat hier der Arbeiter Wilhelm Zimmermann. Als er an einem geladenen Revolver herumhantierte, ging plötzlich ein Schuß los, der die Frau ins Herz traf, jedoch sie kurz darauf verstarb.
Dillenburg, 7. Nov. Städtisches. — Treibriemensdiebstahl. In der letzten Stadtverordnetenversammlung behandelte Stadtv. Dr. Dönges anlässlich der vor 25 Jahren erfolgten Einführung der Städteordnung die Verwaltungstätigkeit dieser Zeitperiode in einständigem Bericht. Die Jahresrechnung schloß vor 25 Jahren mit 176 000 M. gegen 1 001 000 M. in 1918; der Steuerfuß betrug von 110 auf 185 Prozent. Der Vorsteher, Studentent Kolb, beklagte die anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von 1893: Kommerzienrat Landfried, Zimmermeister H. Kranslof, Kaufmann C. Hoyer und Buchbindermeister H. Richter. — In dem Maschinenhaus der Kronenbrauerei wurde ein Leder-Treibriemen im Werte von 10000 Mark und Gewicht von 2 Zentnern gestohlen. Der Besitzer setzt 500 M. auf die Ermittlung der Täter.

h. Hemsbach (Verstraße), 7. Nov. Einem Bauern im angrenzenden Balgenbach wurde die gesamte aufammengehamferte Barischaft, nämlich 1000 Mark Papiergeld und 300 Mark Silbergeld durch Einbruch gestohlen.
Fe. Aus der Pfalz, 7. Nov. Juppabildner. Einem jungen Mädchen wurde am Bahnhof Nohrbach in dem Gedränge der Post abschnitt, ebenso einer weiteren Person.

Gericht und Rechtspredigung.

Reisende Ladendiebe. Der Kellner Anton Jakob Hansen aus Köln hatte im Mai 1914 mit seinem Kollegen Carl Schmitz beschlossen, auf Reise zu gehen, um in verschiedenen Städten die Geschäfte zu besichtigen. Die beiden kamen auch nach Höchst a. M. Dort ließen sie sich in einem Geschäft Ueber zur Auswahl vorlegen. Hansen beschäftigte sich mit der Tochter des Geschäftes, während sein Kumpan zwei Uhren in seiner Tasche verschwinden ließ. Bon Höchst führen die „Herren“ nach Wiesbaden, wo sie auf ähnliche Weise sich Wäsche aneigneten. Hansen, der nach Holland verdrückt war und jetzt erst ausgeliefert wurde, hatte sich dieser Tasse vor der Wiesbadener Strafkammer zu verantworten und erhielt für seine Taten 6 Monate Gefängnis. Sein Kumpan war schon vor 3 Jahren abgeurteilt worden.

Vermischtes.

Erdbeben an der Adria. Am Mittwoch, 6. Nov., abends 8 1/2 Uhr, zeigten die Seismographen der Technischen Hochschule in Darmstadt und der Erdbebenwarte Jugenheim an der Bergstraße übereinstimmend ein starkes kurzes Erdbeben

auf, dessen Entfernung auf 570 Kilom. geschätzt wird. Der Ursprung dürfte sich in den südböhmischen Ausläufern der Alpen, also im österreichischen Adelgebirge oder in Ober-Italien befinden.
Zum Eisenbahnunglück in Ungarn. Wie nunmehr festgestellt ist, sind bei der Eisenbahnkatastrophe im Bahnhof Rakos 29 Personen getötet und 27 schwer verletzt worden. Die Katastrophe wurde dadurch verursacht, daß, als der Zug Rakos passierte, plötzlich eine der Achsen brach. Der Wagen lenkte sich und entgleiste. Er wurde von den übrigen, in voller Fahrt befindlichen Wagen volla gedrückt. Die meisten Toten sind russische Kriegsgefangene, die auf den Puffern der Wagen reisten. Diese wurden infolge des ungebremsten Stoßes unter die Räder geschleudert.

Volkswirtschaft.

Die 2. Kriegsanleihe.

Die Schätzungen über das Gesamtergebnis lauten diesmal nicht übereinstimmend. In den letzten Tagen noch wurde in Frankfurter Blättern gemeldet, unterrichtete Kreise glaubten an ein Zeichnungsergebnis, das dem der 1. Kriegsanleihe gleichkomme. Neuere Schätzungen erklären sich gegen diese allzu optimistische Voraussage.

Sant Berliner „Post“ wird in Großbankkreisen mit einem Ergebnis von mindestens neun Milliarden gerechnet; wahrscheinlich werde dieser Betrag überschritten werden.

Bei der Nassauischen Landesbank beträgt die Gesamtsumme der Zeichnungen 47 1/2 Millionen Mark (gegen 62 1/2 Millionen auf die alte Kriegsanleihe). Auch dieses Ergebnis ist ein vollkräftiger Beweis der Aufrichtigkeit, die unteren Kriegsanleihen innewohnt und die sie, unbekümmert um Wechselkurse in der ähneren Phase, dem kleinen Sparrer als die beste und sicherste Kapitalanlage erscheinen läßt.

Schriftleitung: Bernhard Grothaus. Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftlichen Teil: H. C. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Bericht und Sport: I. S. Hans Gänse; für die Anzeigen: I. S. J. Bahler; sämtlich in Wiesbaden. Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Wetterbericht der Wetterdienststelle Weilburg.

Voranschlägliche Witterung für Freitag, 8. November. Vielwolke neblig, doch nur zeitweise auflockernd, meist trocken; ein wenig kühler.

Wasserstand: Gaub 1.42, Weilburg 1.42 Meter.

Beleuchtungskörper modern., grosse Auswahl, billigste Preise. Luisenstrasse 44. Flack, neben Residenztheater.

Sonnenberg. Ausgabe von Fleisch aus einer Schlachtung am Donnerstag, den 7. November von nachmittags 4 Uhr ab in den Hause Wiesbadener Straße 12 („Zur Deutschen Eiche“). Es kommen 400 Gramm zur Ausgabe gegen die Abgabe der ganzen Fleischkarte für die Woche vom 3.-9. November 1918. Die Ausgabe erfolgt von 4-5 Uhr für diejenigen Einwohner, welche bisher noch kein Fleisch aus Schlachtungen erhalten und sich dieserhalb auf der Lebensmittelstelle gemeldet haben. Von 5-6 Uhr für Kranke (ärztliches Attest oder Rezept ist vorzulegen).

Sonnenberg, den 7. November 1918. Der Bürgermeister, Buchelt.

Sonnenberg. — Bekanntmachung. Ausführungsanweisung zur Verordnung des Herrn Staatssekretärs des Reichsinnenministeriums vom 20. September 1918 betreffend Aenderung der Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs und den Handel mit Schweinen (Reichs-Gesetz S. 1117).

Auf Grund des Art. I Ziffer 2 vorstehender Verordnung wird bestimmt, daß Fleisch, das aus einer ohne die erforderliche Genehmigung vorgenommenen oder nicht vorschriftsmäßig angezeigten Schlachtung gewonnen ist, zu Gunsten des Kommunalverbandes des Ortes, wo die Schlachtung stattgefunden hat, ohne Zahlung einer Entschädigung verfallt.

Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft. Berlin, den 17. Oktober 1918.

Der Staatskommissar für Volksernährung. In Vertretung: Dr. Peters.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Im Auftrage: Dr. Hellwig.

Der Minister für Handel und Gewerbe. Im Auftrage: Dr. Reubaus.

Wird veröffentlicht. Sonnenberg, den 20. Oktober 1918. Der Bürgermeister, Buchelt.

Sonnenberg. — Bekanntmachung. Anmeldung zur Landsteuerrolle.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Aufruf des Landstürms für die ganze Dauer des Krieges Gültigkeit behält. Nicht müssen sich die Inanspruchnen, sobald sie das 17. Lebensjahr vollendet haben, sofort zur Landsteuerrolle anmelden. Die Anmeldung hat in Zimmer Nr. 3 des Rathauses an den Werktagen während der Vormittags-Dienststunden von 8 bis 12 Uhr zu geschehen.

Die Unterlassung der Anmeldung hat vorzeitige Einziehung zum Heeresdienst zur Folge. Sonnenberg, den 2. November 1918.

Der Bürgermeister, Buchelt.

Scharfschießen.

Am 6., 12., 13., 14., 19., 21., 22., 27. und 29. Nov. 1918 findet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr im „Nabengrund“ Scharfschießen statt.

Es wird gewerrt: Sämtliches Gelände einschließlich der Wege und Straßen, das von folgender Grenze umgeben wird:

Friedrich-König-Wege — Idsteiner Straße — Trompetenstraße — Weg hinter der Remmouer bis zum Kesselsbad — Weg Kesselsbad — Wilschacht zur Platter Straße — Teufelsarabensweg bis zur Leichterwiesböckle.

Die vorannannten Wege und Straßen, mit Ausnahme des Innenbereichs des abeserrten Geländes befindlichen, gehören nicht zum Gefahrenbereich und sind für den Verkehr freizubehalten. Unschädlich Platte kann auf diesen Wegen gefahrlos erreicht werden.

Vor dem Betreten des abeserrten Geländes wird wegen der damit verbundenen Lebensgefahr gewarnt. Das Betreten des Scharfschützen Nabengrund an den Tagen an denen nicht geschossen wird, wird wegen Schmutz der Benutzung ebenfalls verboten. Wiesbaden, den 31. Okt. 1918, Garnison-Kommando.